Montag, 21. Januar. № 3. 1867. — 4. Jahrgang.

# Die Verfassung.

## Wochenblatt für das Volk.

Erscheint jeden Montag früh. Preis vierteljährlich bei allen Preuß. Postanstalten 4½ Sgr., bei den außerpreußischen Postanstalten 7¾ Sgr., in Berlin bei allen Zeitungs-Spediteuren incl. Botenlohn 6 Sgr., in der Expedition, Taubenstr. 27, 4½ Sgr. Inserate die Zeile 2 Sgr.

### Das Herrenhaus und seine Zusammensetzung.

Zu den wesentlichsten Punkten des Programms, welches die liberale Partei vor sieben Jahren aufgestellt hat, und an welchem sie bis jetzt im Großen und Ganzen festgehalten hat, gehörte auch die Reform des Herrenhauses. Bekanntlich versuchte das Ministerium der neuesten Aera eine Reform desselben dadurch anzubahnen, daß es die Verordnung, durch welche die Vertretung des alten und befestigten Grundbesitzes im Herrenhause geregelt wird, abänderte; ehe jedoch diese Neuerung einen wesentlichen Einfluß auf die Zusammensetzung des Herrenhauses ausüben konnte, stellte das jetzige Ministerium im Jahre 1865 die alte Verordnung wieder her, und zwar wurde dabei erklärt, daß damit die dem Könige übertragene Befugniß zur Bildung des Herrenhauses abgeschlossen sei, so daß eine Aenderung künftighin nicht mehr durch königliche Verordnung, sondern nur noch auf dem Wege der verfassungsmäßigen Gesetzgebung geschehen könne.

Allgemein mußte man damals annehmen, daß diese Bestimmung im Interesse der hochkonservativen Majorität des Herrenhauses getroffen sei, um damit allen möglichen Reformversuchen künftiger liberaler Ministerien einen Riegel vorzuschieben. Es blieb allerdings der Regierung immer noch das Mittel, die Majorität des Herrenhauses durch Berufung einer großen Anzahl von Mitgliedern auf Grund königlichen Vertrauens, durch einen sogenannten Pairsschub, zu ändern, aber ein solches Mittel, im großen Maßstabe angewendet, hat stets etwas gewaltsames, und wird nur in den allerdringendsten Ausnahmefällen angewendet werden können. Von diesem Gesichtspunkt aus sah man in dieser Bestimmung, weil eine Zustimmung des Herrenhauses zu einer wesentlichen Aenderung seiner Zusammensetzung, und besonders zu einer Aenderung des Prinzips, nach welchem es zusammengesetzt ist, nicht zu erwarten war, ein Hinderniß für die ruhige Herbeiführung einer Reform des Herrenhauses und somit eine Vertagung der Erfüllung eines dringenden Wunsches des ganzen Volkes in's Unbestimmte.

Wenn wir nun aber annehmen, daß diese Bestimmung auf den Wunsch derjenigen getroffen worden ist, welche das Herrenhaus so erhalten wollen wie es ist, so hat die Geschichte wieder einmal recht deutlich gezeigt, wie alle solche Vorsichtsmaßregeln, eine Institution gegen den Fortschritt der Zeit abzusperren, ganz nutzlos sind, ja wie sich sogar das, was man auf recht kluge Weise zur Sicherung der alten Institution zu thun gedachte, schließlich als der Keil erweist, durch welchen diese Institution gesprengt wird.

Seit jener Verordnung haben große Ereignisse stattgefunden; ein Königreich, ein Kurfürstenthum, zwei Herzogthümer und eine freie Reichsstadt sind der preußischen Monarchie einverleibt worden, und die Bewohner derselben erwarten ihre Vertretung in den Häusern des preußischen Landtags. Diese Vertretung, so selbstverständlich sie auch mit dem Inslebentreten der preußischen Verfassung in jenen Ländern eintreten muß, konnte für das Abgeordnetenhaus nur, wie dies geschehen ist, durch eine Verfassungsänderung angeordnet werden, da in Art. 69 der Verfassung die Zahl der Mitglieder des Abgeordnetenhauses festgestellt ist. Die Vermehrung des Herrenhauses, welche, wenn die alten und neuen Provinzen gleichmäßig vertreten sein sollen, nach demselben Prinzip hätte erfolgen müssen, nach welchem das Haus jetzt zusammengesetzt ist, würde, wenn nicht im November 1865 die Bildung des Herrenhauses als gesetzlich abgeschlossen erklärt worden wäre, einfach durch königliche Verordnung haben erfolgen können, und es würden somit die Wünsche derjenigen Personen, welche die Erhaltung des Herrenhauses nach den jetzigen Prinzipien für nothwendig halten, leicht zu erfüllen gewesen sein. Aber einen solchen Schritt Seitens der Regierung verhindert eben die Verordnung vom 10. November 1865. Es kann eine Vermehrung des Herrenhauses, resp. eine Veränderung seiner Zusammensetzung außer durch Berufung einer Anzahl von Mitgliedern auf Grund königlichen Vertrauens nur durch ein verfassungsmäßig zu Stande gekommenes Gesetz erfolgen, d. h. durch ein Gesetz, welches die Zustimmung aller drei Faktoren der Gesetzgebung erlangt hat. Es hat sich in Folge dessen die Sache so gestellt,

daß entweder die Zusammensetzung des Herrenhauses in der Weise alterirt wird, daß dasselbe nicht mehr in seinem ganzen Zusammenhange nach den früheren Prinzipien gebildet, d. h. nicht mehr gleichmäßig zusammengesetzt ist, oder daß ein neues Gesetz über die Bildung des Herrenhauses zu Stande gebracht werden muß, wenn man ein prinzipiell gleichmäßig zusammengesetztes Herrenhaus erhalten will.

Es liegt nun auf der Hand, daß letzteres im Interesse des Landeswohles höchst wünschenswerth ist, und so wird die gesammte Volksvertretung wahrscheinlich sehr bald Gelegenheit haben, ihre Ansicht über die Art und Weise auszusprechen, wie das Herrenhaus den Anforderungen unserer Zeit entsprechend zusammengesetzt sein soll. Daß zwischen den gewählten Volksvertretern und den jetzigen Mitgliedern des Herrenhauses sehr leicht eine Vereinbarung über die für die Bildung des Herrenhauses maßgebenden Grundsätze eintreten wird, läßt sich bei den jetzt sehr weit auseinandergehenden Ansichten in dieser Beziehung sehr schwer erwarten, nichts desto weniger aber hoffen wir nach den in neuester Zeit gemachten Erfahrungen bei Berathung der Gesetze über die Wahlen zum Parlament, über die Aufhebung der Zinsbeschränkung und über die Vermehrung der Zahl der Abgeordneten doch, daß die öffentliche Meinung, welche sich in dieser Frage so oft und so deutlich kundgegeben hat, allmählig einen so starken Druck ausüben wird, daß die Nothwendigkeit eines neuen Gesetzes über die Bildung des Herrenhauses zu einer Lösung dieser Frage führen wird, welche den Wünschen des Volkes entsprechen wird.

So wird auch dieser Vorgang den Beweis liefern, daß sich das Licht und der Fortschritt trotz aller Hindernisse Bahn bricht.

---

## Politische Wochenschau.

**Preußen.** Das Abgeordnetenhaus hat in der vorigen Woche 4 Sitzungen gehalten. Am Dienstag interpellirte der Abg. Twesten zuerst die Minister wegen der Verhaftung des Kaufmann Sonntag in Hannover. Der Justizminister antwortete, daß S. der Mittelpunkt der welfischen Agitation gewesen sei; die gerichtliche Untersuchung sei eingeleitet, und möge man deren Resultat abwarten. — Die vorgelegte Uebersicht der Ergebnisse des Betriebes der preußischen Staatseisenbahnen fand allseitige Anerkennung. — Die Wahlen der Abgg. Landrath Schulz und Landrath v. Degen wurden für ungültig erklärt, und gleichzeitig wurden sämmtliche Wahlmännerwahlen des Bezirks für ungültig erklärt.

Mittwoch wurde der Gesetz-Entwurf über die definitive Untervertheilung und Erhebung der Kosten der Grundsteuer-Veranlagung in den sechs östlichen Provinzen angenommen; die Gesetzvorlage wegen Ermäßigung des Portos (bis 20 Meilen 1 Sgr., über 20 Meilen 2 Sgr.) wurde mit der Modification angenommen, daß der Zuschlag von 1 Sgr. für unfrankirte Briefe nicht wie die Regierung verlangt, schon bei Entfernung von 5 Meilen, sondern erst bei 10 Meilen erhoben werden soll. Da die Regierung dieser Aenderung nicht zustimmte, so wird in diesem Jahre noch keine Ermäßigung des Portos eintreten. — Wir sind der Ansicht, daß, wenn ein unfrankirter Brief überhaupt theurer sein soll als ein frankirter, — und wir finden dies gerechtfertigt, da derselbe mehr Arbeit in der Expedition macht, — so muß der Zuschlag für alle unfrankirten Briefe erhoben werden. — Der Gesetz-Entwurf, betreffend die den gemeinnützigen Baugesellschaften zu bewilligende Sportel- und Stempelfreiheit wurde ohne Discussion angenommen.

Am Donnerstag gab der vom Abg. Paur beantragte Gesetzentwurf, betreffend die Zahlung von Diäten und Reisekosten an die preußischen Abgeordneten zum norddeutschen Parlament, Anlaß zu lebhafter Diskussion. Die Regierung erklärte sich auf das bestimmteste dagegen. Von Seiten der Redner der konservativen Partei wurde hervorgehoben, wie durch die Nichtzahlung von Diäten eine wünschenswerthe Verminderung der Zahl der Beamten in der Volksvertretung eintreten werde.

Von Seiten der liberalen Partei wurde die Nothwendigkeit der Diätenzahlung hervorgehoben, um Jedem den Eintritt in das norddeutsche Parlament zu ermöglichen, den das Volk für würdig erachte, seine Interessen zu vertreten. Sehr richtig hob Löwe-Calbe hervor, daß man, um konsequent zu sein, dann auch einen Census für den Besuch der Gymnasien und Universitäten einführen müsse. Der Gesetz-Entwurf wurde vom Abgeordnetenhause mit 178 gegen 106 Stimmen angenommen. — Wie wir vernehmen, wird, da die Regierung sich gegen diesen Gesetz-Entwurf erklärt hat, in diesen Tagen ein Aufruf erscheinen zur Ansammlung eines Fonds, aus welchem den Mitgliedern des Parlaments Reisekosten und Diäten gezahlt werden sollen.

In dem übrigen Theil der Sitzung und in der Sitzung am Freitag beschäftigte sich das Haus mit dem Antrage des Abg. Lasker auf Aufhebung der Zinsbeschränkung für den Hypothekenverkehr. Die Regierung erklärte ihre Uebereinstimmung mit dem vorgelegten Gesetz-Entwurf, für den Fall, daß die Bestimmung aufgenommen werde, dem Schuldner stehe das Recht zu, Hypotheken-Kapitalien, für welche mehr als 6 Proz. Zinsen bedungen sind, mit sechsmonatlicher Kündigungsfrist jeder Zeit zurückzuzahlen. Die Kammer stimmte dem Gesetz-Entwurf bei, und da die Regierung die Hoffnung aussprach, dem Gesetzentwurfe auch im andern Hause die Zustimmung zu verschaffen, so wird wohl nächstens auch diese letzte Schranke des Geldverkehrs fallen. Das Haus erklärte darauf die Beanstandung der Wahlen der Abgeordneten v. Hippel und v. Brandt. — Eine dem Hause vorliegende Petition auf Aufhebung der Schuldhaft gab zu einer lebhaften Debatte Veranlassung, welche in dieser Sitzung nicht zu Ende geführt wurde.

Das Herrenhaus hat in der vergangenen Woche drei Sitzungen gehalten. Die beiden ersten wurden ausgefüllt mit den Debatten über das Gesetz betreffend die Abänderung des Art. 69 der Verfassung (Vermehrung der Zahl der Abgeordneten). Es hatte Anfangs den Anschein, als ob das Herrenhaus dieses Gesetz verwerfen würde, weil nicht gleichzeitig eine Vermehrung der Herrenhausmitglieder ausgesprochen sei, aber nachdem die Minister wiederholt auf die Nothwendigkeit der Annahme des Gesetzes hingewiesen hatten, wurde schließlich dasselbe unverändert mit 64 gegen 28 Stimmen angenommen. — Das Invalidengesetz und einige andere Gesetze wurden unverändert in der Fassung, wie sie aus dem Abgeordnetenhause hervorgegangen, genehmigt. — Die Regierung hat dem Hause einen Gesetzentwurf vorgelegt, betreffend die Aufhebung des Einzugsgeldes als Communal-Abgabe, welche zur Zeit noch in den Städten zum Nachtheil der ländlichen Gemeinden besteht. Es wird danach die letzte Schranke fallen, welche noch in den östlichen Provinzen gegen die Freizügigkeit vorhanden ist.

Es ist jetzt der Staatshaushalt für Hannover

publizirt. Derselbe ist in Einnahme auf 22,589,700 Thaler und in Ausgabe auf 22,589,700 Thaler, (nämlich 22,417,700 Thaler an fortdauernden und 172,000 Thaler an einmaligen und außerordentlichen Ausgaben), vorbehaltlich der nachträglichen Zustimmung der beiden Häuser des Landtages für die Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember dieses Jahres festgestellt. — In demselben sind für Zwecke der Militärverwaltung nur 4,233,240 Thlr. angesetzt, also nicht ganz 20 Proz. der Ausgaben, ein Verhältniß, welches ganz bedeutend günstiger ist, als in den alten Provinzen. Wie es heißt, schließen auch die Etats für Nassau, Frankfurt a. M. und Kurhessen ohne Defizit ab.

Die Wahlbewegung ist in stetem Steigen. Die Regierungspartei ist sehr thätig, für ihre Kandidaten zu wirken, und wenn dieselben theilweise gleichsam amtlich empfohlen werden, so mag man dies allerdings vom Standpunkte der freien Wahlbewegung aus mißbilligen, aber wir hoffen, daß die auf diese Weise vermehrte Theilnahme an den Wahlen als schließliches Resultat den Sieg der liberalen Partei zur Folge haben wird. Wir gedenken dabei der Worte eines hervorragenden Führers der conservativen Partei in Bezug auf die Wirkung der Flugblätter seiner Partei. Ich vertheile kein einziges, sagte er, „denn wenn die Leute erst anfangen zu lesen, so sind sie für uns verloren."

Der Redacteur dieses Blattes ist am 18. d. M. wegen des in der confiscirten Nr. 42 vom vorigen Jahre enthaltenen Leitartikels: „Am Königswort soll man nicht dreh'n und deuteln", zu 14 Tagen Gefängniß wegen Ministerbeleidigung verurtheilt. Hoffentlich wird in zweiter Instanz Freisprechung erfolgen.

**Frankreich.** Man spricht wieder viel von Reformen im liberalen Sinne, die bevorstehen sollen. Wann aber der Zeitpunkt ist, wo sie in's Leben treten, davon schweigt man.

**Italien.** Die Finanzen des Königreichs bieten augenblicklich kein erfreuliches Bild; das Defizit für das Jahr 1867 ist auf etwa 50 Millionen Thaler veranschlagt, und der Finanzminister hofft, daß vom Jahre 1880 an gar kein Defizit mehr vorhanden sein werde. Das sind noch 14 Jahre, in denen sich die Staatsschuld natürlich sehr bedeutend vergrößern muß.

**Spanien.** Das Land ist ruhig, d. h. bis zur nächsten Revolution.

## Neueste Nachrichten.

**Brüssel,** Sonnabend 19. Januar. In der heutigen Sitzung der Repräsentantenkammer wurde mit 55 gegen 43 Stimmen die Beibehaltung der Todesstrafe beschlossen. Der Minister des Innern und der Minister für öffentliche Arbeiten stimmten dafür.

**Madrid,** Sonnabend 19. Januar. Durch königl. Dekret vom 17. d. wird Tennorio de Castilla an Stelle Villanuevas zum Gesandten bei dem preußischen und sächsischen Hofe ernannt.

## Aus Berlin.

= Aus dem Berliner Vereinsleben. Je näher der Wahltermin heranrückt, desto mehr konzentrirt sich naturgemäß die Thätigkeit der Berliner Vereine auf die Wahlvorbereitungen, die denn auch in der vergangenen Woche die Tagesordnung fast sämmtlicher Bezirksvereine und der von denselben aufgegangenen Versammlung ausfüllte. Ein Bezirksverein, der den 31. Stadtbezirk umfaßt, beschäftigte sich am Montag mit einer andern zeitgemäßen Frage, mit der Hypothekenkalamität, über welche Dr. Born einen beifällig aufgenommenen Vortrag hielt. Der im Abgeordnetenhause angenommene Gesetzentwurf wird vielleicht eine der Hauptursachen dieser Kalamität beseitigen.

Am Sonnabend fand eine Versammlung von Vertrauensmännern des benachbarten Niederbarnimer Kreises im Schützenhause statt, in welcher der Abg. Duncker mit sehr bedeutender Majorität zum Kandidaten proklamirt wurde.

Die Organisation der Berliner Wahlbezirke ist bedeutend vorgeschritten. Am Sonntag (13. Januar) wurde von den Wählern der Stadtbezirke 9 — 13 (Alt-Kölln) die Wahl der Vertrauensmänner vollzogen und denselben aufgetragen, die Wahl des I. Reichstagswahlbezirks auf entschieden demokratische Männer zu lenken.

Am Dienstag leitete der Abg. Loewe-Calbe die Vertrauensmännerwahl der Stadtbezirke 23—28 und 36 mit einem Vortrag über die Wahlen ein, der den rauschendsten Beifall der zahlreich versammelten Wähler erntete. Er führte aus, daß es zunächst die Aufgabe des Norddeutschen Parlaments sein würde, ganz Deutschland in den Bund hineinzuziehen. Wenn aber dies nicht zu erreichen sei, dann dürfte doch auf keinen Fall eines der bisherigen Volksrechte aufgegeben werden. In entschiedener Weise erklärte sich Loewe gegen ein Normalbudget. Nach diesem Vortrage wurde auch hier die Wahl der Vertrauensmänner vollzogen.

Am Donnerstag versammelten sich die für den 1. Reichswahlbezirk gewählten Vertrauensmänner der Stadtbezirke 1—30 in der Friedrichstädtischen Halle unter dem Vorsitze des Dr. Straßmann und bildeten aus dem Vorstande ein „Komite" für die Wahlorganisation. Fast alle 300 Vertrauensmänner waren anwesend und erhielten folgende 10 vorgeschlagene Candidaten eine sehr große Unterstützung: Dr. Löwe-Calbe, Frhr. v. Hoverbeck, Stadtrath Runge, Johann Jacoby, Waldeck, Stadtrichter Hiersemenzel, Stadtverordneten-Vorsteher Kochhann, Moritz Wiggers und Assessor Lasker. In der nächsten Versammlung, wo die Antworten der Candidaten erwartet werden, soll die Einigung über zwei oder drei Candidaten erfolgen, die der allgemeinen Wählerversammlung vorgeschlagen werden sollen. Moritz Wiggers hat die Candidatur in diesem Bezirk abgelehnt, da er bereits für den fünften berliner Wahlbezirk zugesagt habe. An demselben Abend wurde in Sommer's Salon von einer conservativen Wählerversammlung als Candidat des ersten Reichstagswahlbezirks der Kriegsminister v. Roon proclamirt. Eine Anzahl von Vertrauensmännern des zweiten Wahlbezirks einigte sich am Montag bereits über die ausschließliche Candidatur Waldeck's für den zweiten Reichswahlbezirk und beauftragte ein engeres Comite mit der Einberufung einer allgemeinen Wählerversammlung.

Eine solche hat im dritten Wahlbezirk bereits am Dienstag Abend im neuen Gesellschaftshause, Kottbusserstraße Nr. 1 stattgefunden, die von mehr als 1000 Wählern besucht war. In dieser wurden die Candidaturen von Wiggers, Runge und Jacoby aufgestellt. Runge erklärte sofort neben und gegen Jacoby nicht candidiren zu wollen, worauf nach lebhaften Verhandlungen Johann Jacoby als alleiniger Candidat des dritten Wahlkreises aufgestellt wurde. Die Verhandlung beschloß ferner, eine Petition an das Abgeordnetenhaus zu richten, damit es seinen Einfluß auf Wegfall der gedruckten Wahlzettel bei den Wahlen geltend mache. Am Freitag Abend hatten die Vertrauensmänner des V. Wahlbezirks unter dem Vorsitz des Stadtverordn. Streckfuß eine Versammlung. Von den vorgeschlagenen Kandidaten haben Joh. Jacoby und Virchow abgelehnt, überhaupt ein Mandat anzunehmen, Schulze-Delitzsch, Löwe-Calbe und Bennigsen lehnen ab, weil sie schon in anderen Bezirken sich zur Annahme des Mandats bereit erklärt haben.

Moritz Wiggers und Stadtv. Hiersemenzel nehmen die Kandidatur an. Am 29 .d. M. soll eine allgemeine Wählerversammlung stattfinden.

Die conservative Partei hat jetzt ihre Candidaten für die berliner Wahlen veröffentlicht; es sind v. Roon, Graf Bismarck, v. Moltke, Vogel v. Falkenstein, v. Steinmetz und Herwarth v. Bittenfeld. Wir glauben nicht, daß einer dieser Candidaten in Berlin Aussicht auf eine Majorität hat; sehr richtig bekämpfte Dr. Oppenheim in der Versammlung der Vertrauensmänner des ersten Wahlbezirks die Candidatur des Generals v. Moltke mit den Worten: daß man zu alle militärischen Verdienste des Generals anerkennen könne, aber ihn deshalb dem Volke zum Abgeordneten vorschlagen, sei ebenso, wie wenn die liberale Partei ihren Candidaten, den Dr. Löwe, der Regierung zum Generalismus vorschlage, weil er ein guter Volksvertreter sei.

Der Jahresbericht, welcher am Dienstag in der Generalversammlung des berliner Arbeiter-Vereins erstattet wurde, entrollte ein erfreuliches Bild über die Thätigkeit des Vereins. In dem Verein wurden fast wöchentlich von bekannten Freunden und Lehrern des Volkes Vorträge gehalten; seine Theilnahme an allen öffentlichen Angelegenheiten zeigte der Verein durch die 5 Absendungen von Petitionen, von denen 4 an das Abgeordnetenhaus und 1 an die berliner Communalbehörden gerichtet waren.

= Seit dem Augenblick, wo die Einführung der neuen Fahrordnung bis zum 1. April vertagt worden ist, scheinen die Widersacher derselben ganz still geworden zu sein. Da nun viele der laut gewordenen Beschwerden sehr gerechtfertigt erscheinen, so wäre es zu wünschen, daß die Betreffenden ihre Wünsche auf Aenderung rechtzeitigig und nicht erst etwa Ende März an geeigneter Stelle zur Sprache bringen.

= Die berliner Stadtbehörden haben sich fortdauernd gesträubt, das Einzugsgeld, welches das Wachsthum Berlin's ganz entschieden gehemmt hat, aufzuheben, während viele kleinere Städte hierin mit gutem Beispiel vorangegangen sind. Jetzt soll das Einzugegeld von Staatswegen aufgehoben werden. Wir freuen uns, daß somit endlich dieses Hemmniß der Freizügigkeit fällt, aber wir hätten gewünscht, daß dieser Schritt für Berlin von den städtischen Behörden ausgegangen wäre.

= Es soll ein Comite zusammengetreten sein, welches den Ausbau des berliner Domes in die Hand nehmen will. Allerdings wird es uns freuen, wenn die den Lustgarten verunstaltenden Ruinen endlich verschwinden, aber wenn die Geldmittel, wie es heißt, mittelst einer Lotterie beschafft werden sollen, so meinen wir fast, daß der Anblick der Ruinen uns gefällt.

= Mit dem neuen Jahre hat hier in Berlin ein altes Unternehmen, welches sich auf seinem Gebiet gleichsam als Alleinherrscher betrachtet, eine Concurrenz erhalten, welche im Interesse des Publikums hoffentlich nicht eine vorübergehende sein wird. Dr. H. Baeblich hat einen Neuen Wohnungs-Anzeiger und Adreß- und Geschäfts-Katalog für Berlin und Charlottenburg herausgegeben, dessen Erscheinen allerdings durch viele, zeitweise nicht überwindbar scheinende Hindernisse etwas verzögert ist, welcher aber doch noch im Anfang des Jahres erschienen ist, so daß er noch eine recht zahlreiche Verbreitung finden konnte. Wer Gelegenheit gehabt hat, die vielen Mängel des alten Wohnungs-Anzeigers kennen zu lernen, der wird sich gewiß freuen, daß durch eine solche Konkurrenz endlich ein Sporn gegeben ist, diesen Mängeln gründlich abzuhelfen, und schon aus diesem Grunde das neue Unternehmen willkommen heißen. Außerdem aber ist der neue Wohnungs-Anzeiger seiner ganzen Anlage nach wirklich besser als der alte; es sind viele höchst zweckmäßige Neuerungen darin angebracht, und Papier und Druck ist besser. Ein Plan von Berlin ist außerdem beigefügt. Die Verlagshandlung läßt nach Ostern einen Nachtrag erscheinen, welcher alle inzwischen eingetretenen Veränderungen enthalten soll. Da in demselben wahrscheinlich auch alle Fehler, welche sich eingeschlichen haben, berichtigt werden sollen, so empfiehlt sich eine Mittheilung derselben an die Verlagsbuchhandlung.

## Vermischtes.

† Etwas, was wir nicht wissen, das ist die Zahl der Opfer, welche der glorreiche Krieg des letzten Sommers gekostet hat. Allerdings wissen wir, wie viel in den Schlachten gefallen sind, aber wie groß ist die Zahl der Tapfern, welche nachträglich an ihren Wunden gestorben sind, und wie viele sind in den Lazarethen dem Typhus, der Cholera und anderen Krankheiten zum Opfer gefallen. In Nordamerika, wo man „trotz der republikanischen Institutionen" doch alle Verwaltungen mit der größten Sorgfalt führt, ist eine Zusammenstellung der Opfer, welche der große vierjährige Kampf, durch welchen die Sklaverei in dem Gebiete des Sternenbanners beseitigt worden ist, gefordert hat, schon sehr bald nach Beendigung des Krieges veröffentlicht worden. Nach diesen Veröffentlichungen haben 280,420 brave Patrioten ihr Leben in dem Kampfe geopfert. Davon haben mehr als 60,000 den Tod auf dem Schlachtfelde gefunden, über 35,000 sind später an den erhaltenen Wunden gestorben, und 184,333 sind durch Krankheiten dahin gerafft worden. Solche ungeheure Zahlen würden unsere Verlustlisten allerdings glücklicherweise nicht aufweisen, aber der Umstand, daß dort mehr als noch einmal so viel den Krankheiten erlegen sind als den feindlichen Waffen, läßt bei der im allgemeinen nicht schlechten Organisation der Krankenpflege in Nordamerika vermuthen, daß bei uns auch die Zahl der Opfer, welche Krankheiten gefordert haben, größer ist als die Zahl derer, welche den Heldentod gestorben sind, und es wäre gewiß wünschenswerth, wenn darüber eine amtliche Veröffentlichung erfolgte.

† „Die Kandidaten für das Norddeutsche Parlament" ist der Titel einer Schrift, welche in den letzten Tagen des Januar bei Franz Duncker in Berlin erscheinen und biographische Nachweise über die sämmtlichen in den verschiedenen Wahlkreisen aufgestellten — ca. 600 — Kandidaten bringen wird. Die Arbeit der Ansammlung und Zusammenstellung des durchweg authentischen Materials hat der bei Langensalza verwundete Dr. Georg Hirth, gegenwärtig Mitglied des königl. statistischen Seminars, übernommen. Der Inhalt des kleinen Buches muß von großem Interesse sein; seine Zuverlässigkeit gewinnt durch die Fernhaltung jeder Parteifärbung: Demokraten, Liberale und Conservative kandidiren hier friedlich neben einander.

## Theater am Montag.

Opernhaus: Margarethe. — Schauspielhaus: Freund und Feind. Spielt nicht mit dem Feuer. — Friedrich-Wilhelmstadt: Aus bewegter Zeit. — Wallner: Aus Liebe zur Kunst. Ich liebe ihn. Fürst Acagulco. Ein alter Kommis. Eine Weinprobe. — Viktoria: La traviata. — Woltersdorff: Schwache Seiten. Teufelskrallen. — Kroll: Weihnachtsausstellung. Die Tannenfee.

Verlag von Alexander Jonas in Berlin. — Druck von Franz Duncker in Berlin. — Verantwortl. Redakteur u. Herausgeber: Dr. Lewinstein in Berlin.